



An die Presse

Konstanz, 5. Juni 2016

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft erwartet von Minister Hauk einen aktiven Beitrag der Politik zur Gestaltung des Milchmarktes

Die Erzeugerpreiskrise bedroht die Existenz vieler bäuerlicher Betriebe, vor allem in der Milchviehhaltung.

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft erwartet vom „Milchgipfel“ des neuen Landwirtschaftsministers Hauk am 6.6.2016 ein klares Bekenntnis zu politischem Handeln. Denn die einseitige öffentliche Förderung der sogenannten Wettbewerbsfähigkeit durch Mengensteigerung und einseitige Ausrichtung am Weltmarkt mit anschließender Liberalisierung ist so weit über das Ziel hinausgeschossen, dass Milchbauern und -bäuerinnen, die sich am Weltmarkt orientiert haben, vor dem Ruin stehen.

Das Export-Modell ist gescheitert. Der Weltmarktpreis, dieser liegt derzeit bei 16 Cent/kg Milch. 40 Cent sind für deutsche Landwirte kostendeckend.

Das Export-Modell bedroht nicht nur die Landwirte in Deutschland. Auch bei den Kollegen weltweit sinkt der Preis, weil wir die Weltmärkte überschwemmen. So werden auch in Afrika oder Asien die Möglichkeiten zerstört, durch Milcherzeugung vor Ort Armut zu verringern und regionale Wirtschaftskreisläufe aufzubauen.

Die Preiskrise liegt nicht an den deutschen Verbraucher/innen. Die sind bereit einen angemessenen Milchpreis zu bezahlen. Die Krise ist Teil des Systems.

Anlässlich des Milchgipfels von Minister Hauk am 6. Juni 2016 fordert die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft zur Existenzsicherung bäuerlicher Betriebe bessere und kostendeckende Preise für Milch. Das soll mit einem **Aktionsplan Milch** erreicht werden, der nicht auf weitere Exportsteigerung abzielt, sondern die europäische Milchproduktion dem heimischen Absatz anpasst und auf Qualität statt Quantität setzt.

Im Einzelnen bedeutet dies:

1. Die AbL spricht sich für die **sofortige Umsetzung der Beschlüsse der Frühjahrs-Agrarministerkonferenz aus**, die auch und gerade von Baden-Württemberg ausgegangen sind und die von allen Länderministerien gemeinsam beschlossen wurden. Die EU ermöglicht im Krisenfall – und der ist eingetreten und „anerkannt“ – eine kartellrechtlich zulässige Absprache unter den Molkereien um Maßnahmen zu ergreifen, die zu einer Steigerung der Preise führen.

2. Notwendig ist eine **kurzfristige, koordinierte Mengenrückführung, die Molkereien und Bauern organisieren können und die finanziell vom Bund und von den Ländern unterstützt wird.** Molkereien in Österreich und den Niederlanden haben es vorgemacht. Wenn die Molkereien in Deutschland selbst keine Reduzierung der Milchmenge in die Wege leiten, müssen sie von der Politik in die Pflicht genommen werden. Die Marktordnung der EU erlaubt im Krisenfall eine obligatorische, entschädigungslose Reduzierung. Hier muss die Politik konsequent handeln. **Wir plädieren für das sogenannte Bonus/Malus-System, bei dem diejenigen Bauern finanziell unterstützt werden, die ihre Mengen reduzieren um das Marktgleichgewicht wieder herzustellen.**
3. **Wir lehnen die Unterstützung landwirtschaftlicher Betriebe, die keinen Beitrag zur Mengenreduktion leisten, ab.** Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt hat in der letzten Woche ein Modell vorgestellt, welches keinen Beitrag zur Mengenreduktion leistet und die Betriebe mit Überbrückungskrediten nur weiter in die Schuldenfalle treibt: Denn die aktuelle Krise ist kein Ausrutscher, sondern Teil des Systems.
4. Als Basis für die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe in Baden-Württemberg **fordern** wir eine Abkehr von den riskanten Massenmärkten und **eine Qualitäts-offensive.** Der Einstieg in Qualitätsmärkte muss unterstützt werden. Wir fordern klare Kennzeichnungsregeln, staatliche Informationskampagnen und **die Förderung von Qualitätsmilchprogrammen, zum Beispiel für Weidemilch, Milch von Grünland, Heumilch, Bio-Milch oder gentechnikfreie Milch. Die Verbraucher rufen wir auf, diese Produkte verstärkt nachzufragen und kaufen.**
5. Aber auch Qualitätsmärkte sind nicht unbegrenzt aufnahmefähig. Deshalb muss die Politik Maßnahmen ergreifen, mit denen die Milchmenge nachhaltig gesenkt wird. Dabei muss das Problem bei der Wurzel gepackt werden: Bei der **Fütterung. Wir fordern finanzielle Anreize zur Reduzierung von Kraftfutter durch Maßnahmen in den von der EU kofinanzierten sogenannten ländlichen Entwicklungsprogrammen, wie es die Schweiz mit der „Graslandbasierten Milchproduktion“ bereits praktiziert.** Hier hat Baden-Württemberg viel Spielraum um selbst aktiv zu werden. Wir fordern Minister Hauk auf, diesen Spielraum zugunsten der Milchbäuerinnen und -bauern in Baden-Württemberg zu nutzen.

Kontakt:
Dr. Frieder Thomas,
mobil 0151 62511652